Michael Kleim zum Aufruf „Nicht in unserem Namen“

In der gegenwärtigen angespannten Situation ist jeder Appell zu Besonnenheit und Deeskalation, zu diplomatischen Lösungen und grenzüberschreitenden Dialog grundsätzlich richtig und notwendig. Dennoch: den Aufruf „Nicht in unseren Namen“ halte ich für fahrlässig und arrogant. Dieser Aufruf steht in einer Tradition mit dem Teil der westlichen Friedensbewegung der 1980-er Jahre, der während des Kalten Krieges die poststalinistischen Diktaturen akzeptiert und deren Opfer im Stich gelassen hat.

Die grundlegende Erkenntnis innerhalb der unabhängigen DDR-Friedensbewegung war: Frieden und Menschenrechte sind nicht zu trennen. Diese Haltung wurde ebenso in anderen demokratischen Oppositionsbewegungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges geteilt. Ein Aufruf, der diesen Zusammenhang ganz bewusst ausblendet, ist weder links noch friedensbewegt. Er ist m. E. fahrlässig und arrogant.

Fahrlässig, weil hier die aggressive, auf Expansion des eigenen Herrschaftsbereich ausgerichtete Außenpolitik Russlands einfach ignoriert wird. Diese Außenpolitik wird von einer völkischen Ideologie geprägt, die Putin zu einem Partner für europäische rechtspopulistische bis rechtsextremistische Personen, Parteien und Gruppierung macht. Es ist kein Zufall, dass Russlands Politik auf antisemitischen, verschwörungstheoretischen und sogar nationalsozialistischen Internetseiten wohlwollende Unterstützung findet.

Die Ängste der Nachbarstaaten Polen, Estland, Lettland und Litauen nehmen die Unterzeichner des Appells erst gar nicht zur Kenntnis, ebenso wenig wie die gezielte Destabilisierung der Ukraine, Moldawiens und Armeniens.

Arrogant, weil hier den Opfern der autoritären Innenpolitik Putins in den Rücken gefallen wird. Hinter den Kulissen seiner außenpolitischen Drohgebärden werden im Landesinneren brutal Meinungsfreiheit und Kritik erstickt. NGOs werden kriminalisiert, Journalisten kaltgestellt, homosexuell Liebende täglichen Repressionen unterworfen. Drogengebrauchenden Menschen wird Überlebenshilfe verweigert. Wer sich in Russland gegen Rassismus, Antisemitismus und übersteigerten Nationalismus engagiert, ist der Gewalt von Rechtsradikalen oder Geheimdienst ausgeliefert.

Mit der demokratischen Opposition in den Dialog treten? „Nicht in unseren Namen“ kommt erst gar nicht erst auf die Idee.

Richtig ist: der militärischen Logik muss widersprochen werden. Doch gleichbedeutend bleibt der Grundsatz: Frieden und Menschenrechte sind nicht zu trennen. Wer das Letztere verrät, wird auch Ersteres nicht erlangen.



Michael Kleim – Gera – Dezember 2014

während der DDR-Zeit aktiv in der unabhängigen
Friedens- und Menschenrechtsbewegung

Kommentar zum Aufruf für Frieden

Kein Bückling vor Putin!

Der Aufruf gegen den Krieg wünscht Sicherheit für alle Staaten in Europa. Doch er unterschlägt, woran es liegt, dass es sie heute nicht gibt.



Russland als Akteur kommt im Aufruf nicht vor. Sollte aber. Bild: ap

Klar, die Bewahrung des Friedens in Europa ist eine gute Idee. Aber weder von der Argumentation noch vom Inhalt her wird der von zahlreichen deutschen Prominenten unterzeichnete Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen “ seinen Zielen gerecht.

Es herrscht längst Krieg in Europa. In der Ostukraine wird täglich geschossen und bombardiert, sterben täglich Menschen. Der Schlüssel zur Beendigung dieses Krieges liegt in Moskau. Russland hat sich ukrainisches Staatsgebiet einverleibt, unterstützt kriminelle Banden in der Ostukraine politisch und militärisch aktiv und treibt die Spaltung des Landes voran.

Aber der deutsche Aufruf überträgt nicht Russland, sondern Deutschland „besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens“ und mahnt die „Friedenspflicht der Bundesregierung an“. Russland als Akteur kommt nicht vor außer als „anerkannte Gestaltungsmacht Europas“. Wie sich Putin „Gestaltungsmacht“ vorstellt, ist in der Ostukraine zu beobachten aber diesen Konflikt erwähnt der Aufruf nicht einmal. Die Länder Osteuropas haben ahrzehntelang Russlands „Gestaltungsmacht“ erlebt. Sie wollen das nicht mehr aber das setzt der Aufruf gleich mit Russlands Machtstreben.

Es gehe nicht um Putin, mahnt der Aufruf. Richtig. Es geht um Europa. Aber das bedeutet eben nicht, einen Kotau vor Putin zu machen, der Europas extreme Rechte unterstützt und gerade vor seinem Parlament „Nationalstolz“ und „absolute Souveränität“ als Werte hochhielt, die Europa „vergessen“ habe.

Es bedeutet, für die wahren europäischen Werte einzustehen gemeinsam mit enen in Russland und anderswo, die sie teilen. Und es bedeutet keine andere Russlandpolitik, sondern erst mal eine Ukrainepolitik. Der Aufruf wünscht sich ein Europa, „in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren“. Er unterschlägt, woran es liegt, dass es das heute nicht gibt.

http://www.fr-online.de/ukraine/konflikt-in-der-ukraine-kopfschuetteln-ueber-russland-aufruf,26429068,29260666.html?google_editors_picks=true

KONFLIKT IN DER UKRAINE Kopfschütteln über Russland-Aufruf

Die Warnung von Prominenten vor einem Krieg in Europa stößt parteiübergreifend vor allem auf Unverständnis. Derweil verteidigt CDU-Kanzlerin Angela Merkel ihre Russlandpolitik.

Der Aufruf von mehr als 60 Alt-Politikern, Managern und Künstlern für eine neue Entspannungspolitik mit Russland stößt quer durch die Parteien auf Unbehagen. Die Autoren hätten sich „im Adressaten getäuscht", sagte der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir der Frankfurter Rundschau. SPD-Außenpolitiker Niels Annen nannte den Text in einigen Passagen irritierend: „Der Aufruf ist eine schwierige Mischung." Derweil verteidigte CDU-Kanzlerin Angela Merkel ihre Russlandpolitik.

Unter der Überschrift „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen" hatten die Prominenten, zu denen Alt-Bundespräsident Roman Herzog, der Schauspieler Mario Adorf, der Aufsichtsratschef des Baukonzerns Bilfinger, Eckard Cordes und Ex-SPD-Chef Hans-Jochen Vogel gehören, die Bundesregierung an ihre Friedenspflicht erinnert: „Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politik sein." Bei US-Amerikanern, Europäern und Russen sei „der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen", verloren gegangen. Nur so seien „die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten" und die Annexion der Krim zu verstehen. Nun gehe es darum, „den Menschen die Angst vor Krieg zu nehmen".

„Die Autoren haben recht"

Merkel sagte der „Welt am Sonntag“, sie sei „überzeugt, dass die gemeinsame europäische Antwort auf Russlands Handlungen richtig ist“. Sie rügte den Umgang Russlands mit anderen Staaten. „Mit Moldau, Georgien und der Ukraine haben drei Länder aus unserer östlichen Nachbarschaft aus eigener souveräner Entscheidung ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterschrieben. Diesen drei Ländern bereitet Russland Schwierigkeiten.“

Grünen-Parteichef Cem Özdemir sagte zu dem Aufruf: „Die Autoren haben recht: Wir wollen keinen Krieg in Europa und Russland gehört zu Europa.“ Doch richte sich der Appell an die Falschen: „Es ist Russlands autoritärer Herrscher Putin, der ein neues Wettrüsten auslöst, seine Nachbarn bedroht und besetzt und im eigenen Land Jagd auf Andersdenkende machen lässt.“

„Eine erschreckende Geschichtsvergessenheit“

Noch schärfer reagierte Rebecca Harms, die Fraktionschefin der Grünen im Europaparlament: „Ich halte den Aufruf für eine politisch-intellektuelle Zumutung“, sagte sie der FR. Der Text enthalte „null Empathie für die Bevölkerung der Ukraine“. Zudem würden die Ereignisse um den nicht erfolgten Nato-Beitritt der Ukraine 2008 irreführend dargestellt: „Das ist eine Fälschung der Wirklichkeit.“ Sie sei entsetzt über die „Mischung aus Undifferenziertheit und Voreingenommenheit“. „Putin erfindet sich die europäische Welt, und die deutschen Intellektuellen unterstützen ihn.“

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck attestierte dem Aufruf „eine erschreckende

Geschichtsvergessenheit". Er entspringe deutschem Denken in Großmachtkategorien: „Eine Allianz zwischen Deutschland und Russland blendet die Interessen der dazwischenliegenden Staaten aus und verständigt sich über ihre Köpfe hinweg." Teile der deutschen Gesellschaft seien „offenkundig noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen", sagte Beck. „Das haben sie mit dem russischen Präsidenten gemein."

Niels Annen, der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, sagte der Frankfurter Rundschau, er finde die Forderung nach einem Festhalten an der europäischen Friedensordnung „sehr begrüßenswert". Auch sei es richtig, auf Gefahren hinzuweisen. „Überzeugender wäre aber gewesen, die Verantwortung für die derzeitige Eskalation klarer zu benennen." (mit dpa)

UKRAINE-KRISE:

"Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!"

Roman Herzog, Antje Vollmer, Wim Wenders, Gerhard Schröder und viele weitere fordern in einem Appell zum Dialog mit Russland auf. ZEIT ONLINE dokumentiert den Aufruf.

5. Dezember 2014 15:01 Uhr 1498 Kommentare



Amerikanische und polnische Soldaten bei einer Übung in Polen im Mai 2014 | © Kacper Pempel/Reuters

Mehr als 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien warnen in einem Aufruf eindringlich vor einem Krieg mit Russland und fordern eine neue Entspannungspolitik für Europa. Ihren Appell richten sie an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die Medien.

Initiiert wurde der Aufruf vom früheren Kanzlerberater Horst Teltschik (CDU), dem ehemaligen Verteidigungsstaatssekretär Walther Stützle (SPD) und der früheren Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne). "Uns geht es um ein politisches Signal, dass die berechtigte Kritik an der russischen Ukraine-Politik nicht dazu

führt, dass die Fortschritte, die wir in den vergangenen 25 Jahren in den Beziehungen mit Russland erreicht haben, aufgekündigt werden", sagt Teltschik zur Motivation für den Appell.

Unterzeichnet haben den Text unter anderem die ehemaligen Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Eberhard Diepgen und Manfred Stolpe, der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Alt-Bundespräsident Roman Herzog und der Schauspieler Mario Adorf.

Der Aufruf im Wortlaut:

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.

Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden worden. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine

tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der "Pariser Charta für ein neues Europa" vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein "Gemeinsames Europäisches Haus" errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.

Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch

versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: "Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen."

Bis zum Ukraine-Konflikt wähnten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

Die Unterzeichner

Mario Adorf, Schauspieler
Robert Antretter (Bundestagsabgeordneter a. D.)
Prof. Dr. Wilfried Bergmann (Vize - Präsident der Alma Mater Europaea)
Luitpold Prinz von Bayern (Königliche Holding und Lizenz KG)
Achim von Borries (Regisseur und Drehbuchautor)
Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur)
Dr. Eckhard Cordes (Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft)
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a.D.)
Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin)
Alexander van Dülmen (Vorstand A-Company Filmed Entertainment AG)
Stefan Dürr (Geschäftsführender Gesellschafter und CEO Ekosem-

Agrar GmbH)
Dr. Erhard Eppler (Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit a.D.)
Prof. Dr. Dr. Heino Falcke (Propst i.R.)
Prof. Hans-Joachim Frey (Vorstandsvorsitzender Semper Opernball Dresden)
Pater Anselm Grün (Pater)
Sibylle Havemann (Berlin)
Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a.D.)
Christoph Hein (Schriftsteller)
Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a.D.)
Volker Hörner (Akademiedirektor i.R.)
Josef Jacobi (Biobauer)
Dr. Sigmund Jähn (ehemaliger Raumfahrer)
Uli Jörges (Journalist)
Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehemalige EKD Ratsvorsitzende und Bischöfin)
Dr. Andrea von Knoop (Moskau)
Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (ehemalige Korrespondentin der ARD in Moskau)
Friedrich Küppersbusch (Journalist)
Vera Gräfin von Lehndorff (Künstlerin)
Irina Liebmann (Schriftstellerin)
Dr. h.c. Lothar de Maizière (Ministerpräsident a.D.)
Stephan Märki (Intendant des Theaters Bern)
Prof. Dr. Klaus Mangold (Chairman Mangold Consulting GmbH)
Reinhard und Hella Mey (Liedermacher)
Ruth Misselwitz (evangelische Pfarrerin Pankow)
Klaus Prömpers (Journalist)
Prof. Dr. Konrad Raiser (eh. Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen)
Jim Rakete (Fotograf)
Gerhard Rein (Journalist)
Michael Röskau (Ministerialdirigent a.D.)
Eugen Ruge (Schriftsteller)
Dr. h.c. Otto Schily (Bundesminister des Inneren a.D)
Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler)
Georg Schramm (Kabarettist)
Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.)
Philipp von Schulthess (Schauspieler)

Ingo Schulze (Schriftsteller)
Hanna Schygulla (Schauspielerin, Sängerin)
Dr. Dieter Spöri (Wirtschaftsminister a.D.)
Prof. Dr. Fulbert Steffensky (kath. Theologe)
Dr. Wolf-D. Stelzner (geschäftsführender Gesellschafter: WDS-Institut für Analysen in Kulturen mbH)
Dr. Manfred Stolpe (Ministerpräsident a.D.)
Dr. Ernst-Jörg von Studnitz (Botschafter a.D.)
Prof. Dr. Walther Stützle (Staatssekretär der Verteidigung a.D.)
Prof. Dr. Christian R. Supthut (Vorstandsmitglied a.D.)
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik)
Andres Veiel (Regisseur)
Dr. Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a.D.)
Dr. Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D.)
Bärbel Wartenberg-Potter (Bischöfin Lübeck a.D.)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler)
Wim Wenders (Regisseur)
Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher)
Gerhard Wolf (Schriftsteller, Verleger)

QUELLE ZEIT ONLINE
ADRESSE: http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog/komplettansicht



 10.12.2014 13:21 Uhr

Aufruf für neue Russland-Politik

Klaus von Dohnanyi: Unterschrift war Missverständnis

von Christian Tretbar

Der ehemalige Erste Bürgermeister von Hamburg gehörte zu den prominentesten Unterzeichnern des Aufrufs für eine neue Russland-Politik. Jetzt spricht er von einem Missverständnis.



Klaus von Dohnanyi (SPD) - FOTO: DPA

Der ehemalige Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), ist nach seinen eigenen Angaben und denen von Antje Vollmer, der Initiatorin des Aufrufs für eine neue Russland-Politik, fälschlicherweise auf der Liste der Unterstützer des Aufrufs gelandet. "Es gab ein Missverständnis zwischen meinem Sekretariat und den Initiatoren des Aufrufs, das ich bedauere", sagte Dohnanyi dem Tagesspiegel. Seine Sekretärin habe den Initiatoren ein falsches Signal auf die Anfrage gegeben und sich dafür auch entschuldigt. "Das kann passieren", sagte Dohnanyi. Er betonte gegenüber dem Tagesspiegel, dass er prinzipiell keine Aufrufe dieser Art unterschreibe, da man nie wisse, wie sie später von anderen genutzt und interpretiert würden.

Allerdings trage er inhaltlich auch Teile des Aufrufs mit. "Russland ist ein wichtiger Sicherheitspartner für Deutschland und ganz Europa, mit dem man in Dialog sein muss", sagte Dohnanyi, der auch Staatsminister im Auswärtigen Amt war. Die implizite Kritik an der Bundesregierung, die in dem Aufruf stecke, teile er allerdings definitiv nicht. "Die Bundesregierung muss unter schwierigen Umständen agieren. Einerseits muss sie mit Wladimir Putin reden und verhandeln, was schwierig ist, weil er wenig Kooperationsbereitschaft zeigt. Andererseits muss die Bundesregierung verschiedenste Positionen in Europa aber auch in Amerika unter einen Hut bekommen. Ich finde, dass

diese schwierige Aufgabe derzeit gut gelingt", erklärte von Dohnanyi. Prinzipiell gelte: "In jedem Konflikt muss man versuchen, die Sicht beider Seiten im Auge zu behalten."

"Putin-Versteher" sind nicht gleichzeitig Putin-Befürworter

Dohnanyi, eine Art Elder Statesman der SPD, erläuterte bereits von einigen Monaten in einem Aufsatz in der FAZ seine Sicht auf die Ukraine-Krise. Dabei führte er unter anderem aus, dass "Putin-Versteher" im Krim-Konflikt nicht gleichzeitig auch Befürworter seiner Politik seien. (*Den ganzen Aufsatz können Sie hier nachlesen.*)

Der Aufruf "Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!" fand großen Nachhall und ist von zahlreichen Prominenten wie Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ex-Innenminister Otto Schily (beide SPD), der Ex-EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann und dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), unterschrieben. Außerdem unterzeichneten den Aufruf weitere Prominente aus Kultur, Wissenschaft und Politik. (*Den ganzen Aufruf können Sie hier nochmal nachlesen.*)